

Stillstand bedeutet Rückstand!

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
liebe Besucher unserer GR-Sitzung!

Ich freue mich, Ihnen heute den vorliegenden Entwurf des Haushaltes 2025 für unsere Gemeinde Neidlingen – welcher gemeinsam von und mit unserem Kämmerer, Herrn Bräunle erarbeitet wurde – kurz in seinen groben Zügen vorstellen zu können.

Dieser Haushalt markiert nicht nur die finanziellen Weichenstellungen für die kommenden Jahre, sondern spiegelt auch die Herausforderungen, mit denen wir als Kommunen konfrontiert sind, sei es aus unserem eigenen Geschehen heraus oder aus unserer gesetzlichen Aufgabenerfüllung, wider.

Unsere Bemühungen, die Pflichtaufgaben und auch freiwillige Aufgaben erfüllen zu können, sind in unserem Haushalt dargestellt.

Wir Gemeinden an der Basis müssen in aktueller Zeit jedoch auch weit mehr staatliche Leistungsversprechen erfüllen als je zuvor.

Dies gilt für die Aufgaben der Städte und Gemeinden ebenso wie für die Aufgaben der Landkreise. Für uns als Gemeinde ist dies doppelt herausfordernd. Da der Landkreis sich über Umlagen

finanziert, welche er bei den Städten und Gemeinden im Kreisgebiet erhebt, müssen wir nicht nur die Aufgaben mitfinanzieren, welche der Gesetzgeber den Gemeinden gibt, sondern auch jene, welche vom Landkreis wahrgenommen werden.

Beispielsweise seien hier genannt die Flüchtlingsbetreuung, soziale Ausgaben durch staatliche Unterstützungsleistungen (sprich Bürgergeld), die Zuständigkeit für die Schulen liegt beim Landkreis und die Krankenhäuser, sowie der ÖPNV, auch Schülerlinienverkehr. Die Realität zeigt, dass nicht nur die Aufgabenerfüllung, sondern auch die Finanzierbarkeit mit einem wachsamen Auge zu betrachten ist.

Uns kleine Kommunen trifft diese Aufgaben- und Ausgabenbelastung umso mehr, da wir in aller Regel personell knapper besetzt sind, als große Städte und Gemeinden.

Der Präsident des Gemeindetags – unseres Dachverbandes - Steffen Jäger bringt es seit Monaten immer wieder auf den Punkt, wenn er sagt:

„Die Summe der staatlichen Leistungsversprechen übersteigt die staatliche Leistungsfähigkeit.“

Heißt: Der Bund beschließt eine neue Aufgabe, die Umsetzungs- und Erfüllungsstandards werden von Bund und Ländern definiert, und die Kommunen dürfen diese dann umsetzen oder gar ausbaden.

Und wie ich in fast 30 Jahren im öffentlichen Dienst feststelle, ist bei unseren übergeordneten Behörden oftmals keine Genehmigungsstelle mehr bereit, auch nur ein gewisses Restrisiko in einer Entscheidungsfindung einzugehen, aus Angst vor juristischen Verfahren.

100-%ige Absicherung wird gelebt. Wo bleibt hier die Agilität eines modernen, dienstleistungsfähigen Rechtsstaates, der an Fortschritt und Innovation denkt, anstatt an staubige Regelwerke?

Es muss wieder mehr Pragmatismus anstatt Polemik an den Tag gelegt werden!

Ein weiteres Riesenthema unserer Zeit:

Die überbordende Bürokratie!

In der BRD verschlingt die überbordende Bürokratie unvorstellbar hohe Summen an Geld. Es ist allgemein bekannt, dass nicht nur die öffentliche Hand, sondern die deutsche Wirtschaft und Privatleute in einem Sumpf aus Bürokratie versinken. Wir ächzen nur so vor enormen Bürokratielasten!

Wieviel Schaden überflüssige Vorgaben tatsächlich anrichten, hat im November das Münchner Ifo-Institut für Wirtschaftsförderung mit einem erschreckenden Ergebnis preisgegeben: Unsere Bürokratie kostet die Bundesrepublik jedes Jahr 146 Milliarden (!) Euro an Wirtschaftsleistung. Das entspricht etwa 1/3 des Bundeshaushalts oder dem kombinierten Marktwert der 3 größten Automobilhersteller Deutschlands, nämlich Mercedes, VW und BMW.

Den Vorstoß von CDU – „Obmann“ Manuel Hagel begrüße ich daher wenn er sagt: von unseren 5 Verwaltungsebenen in Baden-Württemberg mindestens 2 abschaffen zu können. Allein schon eine Ebene würde uns Mio. an Personal- und laufenden Kosten einsparen, welche dann in wichtige Infrastrukturen wie in die Erfüllung von Rechtsansprüchen oder pädagogischen Neuerungen bei unseren Kindertagesstätten und Grundschulen

fließen könnten. Zumal BaWü große Defizite im Bildungsstand aus dem Primärbereich hat.

Das im Rahmen der Entlastungsallianz als Entlastungspaket III von unserer L'Regierung BaWü beschlossene Konzept v. 03.12.24 begrüßt auch unser Gemeindetagspräsident Steffen Jäger und scheint zum ersten Mal für eine tatsächliche Entlastung unter derzeitigen konjunkturellen Herausforderungen zu sorgen.

Ich bitte Sie, liebe Räte, unsere Verwaltung und unser Tun für unsere Gemeinde in jeglicher Hinsicht zu unterstützen, wenn es um den Bürokratieabbau geht.

In gesamtpolitisch und wirtschaftlich schwierigen Zeiten wie diesen sollten wir aus meiner Sicht den Kopf aber nicht hängen lassen; sondern mit **Optimismus und Tatkraft** in die Zukunft blicken. Deutschland hat schon einige politische Krisen erfolgreich überwunden und wird auch diese Misere meistern.

Es wird unsere Gesellschaft aber einige Zugeständnisse und vielleicht auch einigen Verzicht kosten. Wo wir in vielen Jahren möglicherweise zu bequem wurden, auf hohem Niveau gejammert haben;

sehe ich eine Wende hin zu mehr **Einsatz und Engagement, Zielstrebigkeit, Ehrgeiz und Pflichtbewusstsein** sowie ganz bewusst auch **Verzicht**.

Diese Werte und Überzeugungen sollten sich in unseren Köpfen wieder verankern.

Auch wenn man mir an der Mitarbeiterweihnachtsfeier soufflierte, meinen Ehrgeiz, Ungeduld und Tatendrang etwas zu zügeln, meine ich hierfür einen realistischen Blick zu haben.

Mit der anstehenden Wahl am 23. Februar 2025 muss es eine Kehrtwende in unserer Politik geben.

Die neue Bundesregierung steht vor der schwierigen Aufgabe, wieder stabile Rahmenbedingungen zu schaffen. Es wird alleine schon nicht einfach werden, eine geeignete Koalition zu gründen.

Die zentralste Aufgabe unseres neuen Parlaments sehe ich in der Stabilisierung unserer Wirtschaft.

Es muss sich wieder lohnen zu arbeiten, wir müssen unsere Sozialausgaben in den Griff bekommen mit einer vernünftigen Zuwanderungspolitik.

Der Einbruch unseres Mittelstandes sei es bei VW oder Bosch muss unmittelbar und damit eine Verlagerung der Produktion ins Ausland und eine weitere Abwanderung von Fachkräften eingedämmt werden. Unser Staat muss Anreize schaffen, damit unsere starken Bundesländer BaWü und Bayern weiter innovative Produkte entwickeln und in neue Technologien investieren können.

Es müssen wieder verbindliche Gesetzesgrundlagen durch unsere Legislative geschaffen werden, die Beständigkeit haben, und somit das Vertrauen in Investitionen durch Wirtschaft, Industrie und öffentliche Hand wieder zurückkehren!

Doch lassen Sie mich nun ganz konkret zu unserem Neidlinger Haushalt übergehen:

- Für 2025 haben wir noch ein ordentliches Ergebnis im Ergebnishaushalt von knapp 2 Millionen Euro.
- Aber dies ist dem Sondereffekt von 2023 geschuldet, da wir höhere Zuweisungen mangels Steuerkraft als Ausgleich erhalten.
- Defacto kann man feststellen, dass wir 2025 eigentlich keine Schulden haben!

Bereits ab 2026 ist die Situation in unserem Haushalt eine gänzlich andere... Wir werden ein sattes Minus von einer Million haben und den Rückgriff auf die liquiden Eigenmittel machen müssen.

- **2026** müssen wir nach der heutigen Planung zusätzliches Geld aufnehmen, wir müssen Schulden machen!
- **Und 2027** müssen wir noch mehr Geld aufnehmen!

Hauptursache sind

- die Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer
- Explodierende Sach- und Personalkosten!
- Sanierungsstau in der kommunalen Infrastruktur
- Ausbau Infrastruktur
- Daseinsaufgaben, ohne auskömmliche Finanzierung
- Strukturelle Probleme durch Bundes- und Landesgesetzgebung!

Die Aufstellung unseres Haushalts 2025 ist ebenfalls tangiert von den genannten weltpolitisch sowie gesamtwirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen.

Während wir uns vor 2 Jahren aus dem Krieg in der Ukraine noch mitten in Energieengpässen befanden und uns mit Krisenplänen für Szenarien wie Stromausfall beschäftigten, treffen uns nun die mittelbaren Auswirkungen als Resultat des Geschehens; insbesondere im Ergebnishaushalt.

Die Gemeinde erhebt Abgaben nach den gesetzlichen Vorschriften. Es gilt der Einnahmegrundsatz nach der GemO:

1. Sonstige Erträge/Deckungsmittel

z.B. Zuweisungen, Zuschüsse, Mieten, Pachten, Bußgelder, Verkaufserlöse, Auflösung von Rückstellungen, Zinsen, Steuerbeteiligungen

2. Spezielle Entgelte

für die von der Gemeinde erbrachten Leistungen z.B. Gebühren, Beiträge, Eintrittsgelder

3. Steuern

als weitere Deckungsmittel z.B. Grund- und Gewerbesteuer

4. Kredite

für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen

ERGEBNISHAUSHALT – Ertragsseite:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2025 wurden auf der Basis des FAG-Testbescheides in Verbindung mit den fortgeschriebenen Orientierungsdaten auf Basis der Oktober-

Steuerschätzung 2024 erstellt. Die Ertragsseite des Ergebnishaushalts weist eine positive Tendenz auf.

Ursächlich hierfür sind höhere Schlüsselzuweisungen vom Land.

In 2024 konnten Pachtverträge für die gemeindeeigenen landwirtschaftlichen Flächen sowie Schafweidepachtverträge mit einer Laufzeit von 6 Jahren abgeschlossen werden.

Eine seit langem, von der GPA, geforderte ordentliche Aufstellung aller Allman-Teile und dem Abschluss von Pachtverträgen konnte erfolgreich umgesetzt werden.

Bei den Gewerbesteuererinnahmen wird mit einer Konsolidierung auf dem derzeitigen Niveau gerechnet. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können Sie derzeit den Nachrichten entnehmen.

Die restlichen Steuern und weitere Entgelte der Gemeinde wurden anhand der Vorjahreswerte ermittelt.

Aufwendungen des ERGEBNISHAUSHALTES:

Die Aufwendungen steigen im Vergleich zu den Vorjahren an:

Auf die Entwicklung der Kreisumlage wird verwiesen:

31,5 v. H. in 2024,

33,4 v. H. in 2025!

Weiterhin sind die gestiegenen Personalkosten, hauptsächlich inflationsbedingt aufgrund der Übernahme des Tarifergebnisses für die Beschäftigten der Länder zu berücksichtigen.

Die Personalkosten 2025 sind des Weiteren aufgrund der Einstellung von Fachpersonal zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit gerechtfertigt.

Die Straßenunterhaltungsmaßnahmen werden für die unausweichlichen Maßnahmen, wie bspw. die Sanierung reparaturbedürftiger Schächte, Einläufe und Schadstellen aufgewendet.

Für die städtebaulichen Erneuerungsmaßnahmen „Ortsmitte II welches vom Sanierungsträger Kommunalentwicklung (KE) betreut wird, wurden Finanzmittel inkl. des 60-prozentigen Zuschusses des Landes Baden-Württemberg im Ergebnisplan veranschlagt.

Die Zinsaufwendungen bleiben aufgrund der in der Vergangenheit abgeschlossenen Darlehensverträge auf niedrigem Zinsniveau.

Finanzplan und Investitionsprogramm - Ausgaben

Der Finanzhaushalt für das Jahr 2025 beinhaltet Ein- und Auszahlungen für die laufende Verwaltung, für die Investitionen sowie für die Finanzierungstätigkeit.

Die Investitionen in den Haushaltsjahren 2025 ff. sind im 5j Investitionsprogramm abgebildet.

Wir müssen priorisieren!

- **Landessanierungsprogramm „Ortskern II“**
- **Sanierung Gottlieb-Stoll-Straße**
- **Breitbandausbau/weiße Flecken/Infrastrukturausbau**
- **Sanierung Friedhof**
- **Sanierung Sportanlagen**
- **Infrastrukturweiterung Eigenbetrieb Wasser / Querschlag Sachsenpass**
- **Sanierung Grundschule**
- **Starkregenrisikomanagement**
- **Eigenkontrollverordnung AKP/Fortschreibung Sanierung/2023/2024 Fortschreibung**
- **Investition Feuerwehr**

- **NUR noch kommunale Pflichtaufgaben! KEINE Groß- oder Sonderprojekte!**

Kassenlage

Die Kassenlage der Gemeinde ist geordnet.

Liquide Mittel sind noch ausreichend vorhanden.

Die kritische Kennzahl „Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf“ aus laufender Verwaltungstätigkeit kann im HH 2025 mit einem Zahlungsmittelüberschuss von rund 2 300 000 Euro veranschlagt werden. Damit sind kontinuierlich die Tilgungsleistungen als Grundvoraussetzung für die Genehmigungsfähigkeit durch das LRA gedeckt.

FAZIT und Ausblick:

Der Verwaltung ist es gelungen, einen soliden „schwäbischen“ Haushalt aufzustellen!

Wir werden sparen, sparen, aber klug sparen!

Wir werden uns nicht kaputtsparen, sondern in unsere Infrastruktur, in unser Infrastrukturvermögen weiter investieren!

Wir als Entscheidungsträger - Gemeinderat und Bürgermeister - sind dennoch aufgefordert, weiter **sparsam und wirtschaftlich** zu handeln.

Mit einer anvisierten Gesamtentwicklung für Neidlingen unter sukzessivem Abbau von Sanierungsrückständen sehe ich unsere Gemeinde auf guter Spur!

Immerhin konnten wir in den letzten 3 Jahren einige Sanierungsmaßnahmen auf den Weg bringen und tatsächlich auch schon umsetzen.

Bsp. Naturkindergarten, Kindergarten Wasserschloss, Sanierung Abwasserkanal (Los 1 und 2), Anschaffungen Fahrzeuge Feuerwehr und Bauhof. Und viele Maßnahmen zur Unterhaltung unserer Straßen und Infrastruktur.

Nichts umschreibt die aktuelle Situation besser als das viel zitierte Sprichwort:

„Stillstand ist Rückstand!“

Weiteren Rückstand gilt es zu vermeiden!

Wir werden unsere Infrastruktur ertüchtigen, in Werte investieren und damit Werte schaffen!

Wir haben damit in die Zukunft investiert! Wir haben nachhaltig mit den kommunalen Finanzen gewirtschaftet!

Im Rahmen unserer kommunalen Selbstverwaltung bin ich mir sicher, gemeinsam, diszipliniert und dennoch innovativ eine gute Entwicklung für Neidlingen mit Ihnen voranzubringen.

Ich bedanke mich abschließend für die gute und harmonische Zusammenarbeit mit Ihnen im Gremium und drücke gleichzeitig meine Wertschätzung für den Umgang auf Augenhöhe in einem guten harmonischen Miteinander aus.

Und seien sie sicher, die Energie des Bürgermeisters und seiner Verwaltung und Beschäftigten hat noch kein Ende.

Wir haben ein herausragendes Team im Rathaus, welches Frau Mühlig und mich vollumfänglich in der Aufgabenwahrnehmung unterstützt.

DANK an Herrn Bräunle für die dezidierte Arbeit und umfangreiche Erstellung des vorliegenden Haushaltsplan 2025 und an Frau Mühlig bei der intensiven Unterstützung hierbei!